

# Wahlprüfsteine BUND

1. **Werden Sie sich dafür einsetzen, die Flächen-Neuinanspruchnahme für Siedlung und Verkehr in Hessen auf 1 Hektar am Tag bis 2025, und auf Netto-Null Hektar am Tag bis 2030 zu senken?**

Fläche ist ein hohes Gut. Denn sie ist zwar in der Nutzung variabel, aber in der Summe nicht vermehrbar. Neben Land- und Forstwirtschaft beansprucht die Gesellschaft Flächen für Siedlung und Verkehr, Naturschutz, Energiegewinnung und industrielle Produktion. Vielfältige und widerstrebende Nutzungsansprüche müssen mit einer effizienten Flächennutzung befriedigt werden. Wir fordern eine langfristige Planung für eine Flächenkreislaufwirtschaft, die den Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche bis zum Jahr 2050 entsprechend dem Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung auf „Netto-Null“ reduziert. Als Mittel gegen die Wohnungsknappheit in Großstädten wollen wir die Wohn- und Arbeitsattraktivität von urbanen und suburbanen Räumen stärken. Für uns als Freie Demokraten sollten vor der Ausweisung neuer Siedlungsflächen Baulücken geschlossen und der Bedarf nachgewiesen werden. Der Ausbau von Gebäudebestand wie z. B. Scheunen, Stallungen und Dachgeschossen zur Wohnraumgewinnung hat für uns Vorrang vor Neubaugebieten am Ortsrand. Ebenso sehen wir die Wiedernutzung brachgefallener Gewerbe und Industrieflächen vor der Neuausweisung von neuen Gewerbeflächen als essenziellen Umgang an. Weiter wollen wir durch interkommunale Zusammenarbeit ein gemeinschaftliches Angebot von Gewerbeflächen schaffen. In dieser soll auch eine gemeinschaftliche Planung des öffentlichen Nahverkehrs zur interkommunalen Vernetzung von Wohngebieten eine besondere Bedeutung zukommen. Wir ermuntern die Kommunen, in den Bebauungsplänen für neu auszuweisende Wohngebiete mehr Freiheit für mehrstöckige Neubauten zu gewähren. Wir begrüßen mehrstöckige Bauweisen im gewerblichen Bereich, beispielsweise Parkplätze in Tiefgaragen oder auf Dächern, Büroräume über Produktionshallen oder Gebäude für zwei Supermärkte übereinander. Für Bestandsgebäude liegt das Augenmerk auf der energetischen Sanierung. Die Denkmalschutzauflagen bei der Umnutzung und Sanierung von Häusern und Hofreiten in Ortslagen wollen wir lockern, denn umgenutzte Baudenkmäler sind besser als verfallende Baudenkmäler. Um die aufgeführten Ziele erreichen zu können, wollen wir Förderprogramme und andere finanzielle Anreize für Eigentümer und Kommunen entwickeln.

2. **Werden Sie einen wirksamen, nachvollziehbaren Klimaplan vorlegen, der die Klimaneutralität Hessens bis 2035 vorsieht?**

Bereinigt um Corona-Effekte stagniert der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Hessen auf einem hohen Niveau. Die zuständigen grünen Fachministerien haben - im Hinblick auf die Zahlen - keine wirksamen Maßnahmen zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen ergriffen. Statt das Ziel der Klimaneutralität um 10 Jahre vorzuziehen oder neue Klimapläne zu erarbeiten wäre es aus unserer Sicht wichtiger, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen. Dazu zählt beispielsweise der Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur in Hessen.

3. **Werden Sie sich für gesetzliche Regelungen zur Solarpflicht auf allen Neubauten und auf Dächern, bei denen wesentliche Sanierungen oder Änderungen anstehen, sowie über allen versiegelten Flächen (Parkplätze, Lärmschutzwände o.ä.) einsetzen?**

Eine generelle Pflicht lehnen wir ab. Zunächst müssen die örtlichen und baulichen Voraussetzungen (insbesondere Statik) die Nutzung von PV zulassen. Es braucht außerdem keine gesetzlichen Verpflichtungen, um den Ausbau von PV-Anlagen zu forcieren. Im Gegenteil, die marktgetriebene Nachfrage ist höher als das verfügbare Angebot. Wichtig ist aus unserer Sicht jetzt, das vorgelagerte Netz zu ertüchtigen, weil Solarstrom auch transportiert werden muss, um ihn nutzen zu können.

**4. Unterstützen Sie im Rahmen der Verkehrswende den Vorrang des ÖPNV?**

Das Land ist aus unserer Sicht in der Verantwortung, leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur bereitzustellen. Dringenden Bedarf gibt es bei der Schiene, die hessische Schieneninfrastruktur gerät schon heute oftmals an ihre Kapazitätsgrenzen. Auch die Radwege in Hessen sind nur unzureichend ausgebaut. Allerdings müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass jede zweite Landstraße in Hessen in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand ist. Gleichzeitig gehen Prognosen von wachsendem Güter- und Personenverkehr auf der Straße in den kommenden Jahrzehnten aus. Der Sanierungsstau bei der Straßeninfrastruktur ist riesig und hemmt das Wirtschaftswachstum Hessens als Verkehrsdrehscheibe. Wir wollen deshalb die Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielen, sondern gute Infrastruktur für alle Verkehrsmittel bereitstellen.

**5. Sind sie für die Einführung einer Grundwasserabgabe?**

Wir lehnen die Einführung einer Grundwasserabgabe strikt ab. Eine solche Abgabe ist aufwändig zu erheben und bringt Belastungen für die Betroffenen mit sich, die in der jetzigen Situation schlicht unangemessen wären. Die Grundwasserabgabe in Hessen wurde deswegen zu Recht abgeschafft. Durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit verbundenen Folgen, die anhaltende Inflation und hohe Mietkosten sind die Bürgerinnen und Bürger derzeit stark belastet. Weitere Belastungen sind deswegen aus unserer Sicht nicht angebracht.

**6. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Themen Landwirtschaft, Forsten und Umwelt/Naturschutz weiter in einem Ressort gebündelt bleiben?**

Wir setzen uns für ein eigenständiges Ministerium für Landwirtschaft, Wald- und Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei und ländlichen Raum ein. Beispielsweise sind Jagdrecht und Naturschutzrecht aus guten Gründen getrennte Rechtskreise. In der Vergangenheit haben Gesetzentwürfe aus dem Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz mehrfach zur Überlagerungen von Jagd- oder Fischereirecht mit vermeintlichem Naturschutz geführt. Mit den Gesetzen zum "Grünen Band Hessen" und dem Hessischen Naturschutzgesetz wurden Regelungen einseitig zu Lasten der Eigentümer beschlossen. Die genannten Gesetzentwürfe waren damit auch im Sinne des Umwelt- und Naturschutzes kontraproduktiv. Wir sind der Auffassung, dass Umwelt- und Naturschutz nur gemeinsam mit Eigentümern, Jägern, Fischern und Land- und Forstwirten gelingen kann, nicht gegen sie. Dies kann aus unserer Sicht dann am besten gelingen, wenn die Ministerien organisatorisch getrennt werden.

**7. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass alle Zuständigkeiten im Naturschutz in der Naturschutzverwaltung gebündelt werden?**

Eine Aufteilung der Ministerien hätte auch Auswirkungen auf die Organisation der obersten Verwaltungsebene. Insofern würden nach unserer Vorstellung diejenigen Abteilungen der Ministerialverwaltung, die für Landwirtschaft, Wald- und Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei und ländlicher Raum zuständig sind, auch organisatorisch von denjenigen getrennt, die Naturschutzaufgaben im engeren Sinne verfolgen.

**8. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Bereich Umwelt, vertreten durch einen hessischen Umwelt- und Naturschutzverband, einen Sitz im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks erhält?**

Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass die Rundfunkräte die Breite unserer Gesellschaft abbilden sollen. Dazu können auch Naturschutzverbände einen Beitrag leisten.